

Schneider-Zeitung

Organ des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands.

Die „Schneider-Zeitung“ erscheint alle 14 Tage Samstags u. wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder kostet die „Schneider-Zeitung“ durch die Post bezogen 1 Mark pro Quartal ohne Bestellgeld.

Redaktion u. Expedition: Abln, Venloerwall 9. Fernsprech-Nr. A 8898. —
Redaktionschluss Montags Mittags vor dem Erscheinungstag. Inseratenannahme
durch Otto Kleine, Berlin SW. 47. Müddernstr. 67.

Der Abau zur Teuerungszulage.

Zu dem Antrag der Gehilfenverbände auf Gewährung einer zweiten Teuerungszulage schreibt uns der Abau:

München, 4. März 1918.

Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufe Deutschlands, z. S. Herrn A. Schwarzmann,

SöLn-Rhein

Zu unserem Antrage auf Gewährung einer zweiten Teuerungszulage schreibt uns der Abau:

Die Antworten unserer Hauptvorstands-Mitglieder auf unsere Anfrage wegen ihrer Stellungnahme zu Ihrem Antrage betreffs Gewährung einer zweiten Kriegs-Teuerungszulage sind nunmehr vollständig eingelaufen; aus ihnen geht hervor, daß die Befragten die Verantwortung für eine Ihren Wünschen entgegenkommende Haltung nicht übernehmen wollen, ohne daß unsere Ortsgruppen über die Frage selbst, wie auch über die Höhe und das Inkrafttreten der Zugeständnisse einvernommen sind. Um nun die zeitraubende Veranstaltung von Bezirkstagen zu vermeiden, haben wir uns sofort an unsere Ortsgruppen mit einem Fragebogen zwecks Feststellung ihrer Meinung gewendet; wir haben als spätesten Termin für die Rücksendung den 12. März festgesetzt. Hierauf werden wir Ihnen sofort Kenntnis von dem Gesamtergebnis geben und mitteilen, wann und wo die Zusammenkunft Ihrer und unserer Vertreter stattfinden soll.

Die überwiegende Mehrzahl unserer Hauptvorstands-Mitglieder hat bei der Beantwortung der Umfrage die Frage aufgeworfen, unter welchen Umständen die Gehilfen-Verbände der Wiederaufhebung der Kriegs-Teuerungszulage zustimmen werden; manche haben wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten der Gewährung einer Kriegs-Teuerungszulage Bedenken entgegengesetzt, andere wünschen, daß diese Angelegenheit vor der Genehmigung von Zulagen behandelt wird. Wir vertreten deshalb die Meinung, daß es der Möglichkeit, eine K.-L.-Z. zu gewähren, sehr dienlich wäre, wenn Sie uns in kurzen Zügen Ihre Anschauungen über diese Frage zukommen lassen würden. Hochachtungsvoll!

Der geschäftsführende Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes
für das Schneidergewerbe
C. Schwarz, 1. Vorsitzender.

Unsere Antwort darauf lautet:

SöLn, 7. März 1918.

An den
geschäftsführenden Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeit-
geberverbandes für das Schneidergewerbe
in München.

In Ihrem Schreiben vom 4. März betr. Kriegsteuerungs-
zulage wünschen Sie unsere Stellung kennen zu lernen, die wir
zur Frage des Abbaues derselben einnehmen.

So verständlich uns Ihr Wunsch erscheint, unsere Stellung in der angezogenen Frage kennen zu lernen, so schwer ist es uns, zur Zeit eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, zu welchem Zeitpunkt nach dem Kriege und in welchem Umfange an einen Abbau gedacht werden kann. Wir glauben mit Ihnen darin einig zu gehen, wenn wir zum Ausdruck bringen, daß die Kriegsteuerungszulage nicht als ständige Einrichtung zu betrachten sei und sind jederzeit bereit, mit Ihnen in Verhandlungen über deren Abbau einzutreten, sobald die Teuerungszulageverhältnisse einen tatsächlichen Rückgang aufweisen. Leider vermögen wir jedoch zur Zeit nicht daran zu glauben, daß in absehbarer Zeit nach dem Kriege die gesamte Lebenshaltung eine erhebliche Verbilligung erfährt. Wenn schon auf der einen Seite die Fantasiepreise, die heute für gewisse Lebensmittel und sonstige notwendige Bedürfnisse gezahlt werden müssen, zurückgehen werden, so wird auf der anderen Seite durch Verteuerung der Mieten, Erhöhung der Steuern, größeren Bedarf an allen zur Lebenshaltung nötigen die Belastung eine so hohe sein, daß ein Preisrückgang, wenn er nicht allgemein und erheblich ist, durch die angeführte neue Belastung sicher aufgewogen wird.

Darüber läßt sich ja f. Bt. reden, in welcher Form den kommenden Verhältnissen Rechnung getragen werden kann, wir sind aber der Meinung, daß unser Hinweis auf später kein Grund sein kann, den derzeitigen Verhältnissen durch Gewährung einer zweiten Teuerungszulage Rechnung zu tragen gegenüber sich ablehnend zu verhalten.

Hochachtung!

Der Central-Vorstand
des Verbandes christl. Schneider und Schneiderinnen
und verw. Berufe Deutschlands.

J. A.:

A. Schwarzmann.

In längeren Ausführungen geht auch die letzte Nummer des „Zentralorgans“ auf die Teuerungszulage ein, wobei die Frage, in welcher Form die Zulage gewährt werden sollte; ob in der Form eines prozentualen Zuschlages oder Zuschläge auf die einzelnen Stücke, einen breiten Raum einnimmt und hervorgehoben wird, daß jede der beiden Formen für einen Teil der Arbeiterschaft Vorteile, dem anderen Nachteile bringe, daher auf einer Seite immer Unzufriedenheit auslöse. Dies, glaubt das „Zentralorgan“, habe die Gehilfenverbände veranlaßt, keine präzisierten Vorschläge über die Form des Zuschlages zu machen. Für den Abau sei es aber doch fraglich, ob er nicht doch eine Präzisierung der Wünsche der Gehilfen verlangen sollte, damit nicht ihm allein — insoweit er mit den Anschauungen der Gehilfenverbände übereinstimmt — die Last der Verantwortung aufgebürdet wird.

Wir stimmen mit dem „Zentralorgan“ darin überein, daß es schwer ist, alle Wünsche zu befriedigen. Da dies mit keinem der beiden Formen — wir haben die prozentuale Form vom Frühjahr 1917 und die festen Stückzuschläge vom November

1917 — zu erreichen war, und eine andere Form, etwa in unterschiedlichen Zuschlägen für große und kleinere Städte oder zwischen den Tarifklassen vom Zentralorgan abgelehnt wird, wird diejenige von beiden Formen zu wählen sein, deren Nachteile von den wenigsten der Arbeitnehmer empfunden, bzw. sich auf den kleinsten Teil derselben erstreckt. Lassen sich auch die Arbeitgeber von diesem Gesichtspunkt leiten, dann wird über diese Frage eine Verständigung nicht schwer fallen.

Große Aufträge.

Ein Gebot unserer Zeit ist sparsames Wirtschaften auf allen Gebieten, besonders aber mit jenen Gegenständen, zu deren Herstellung wir auf die Einfuhr der benötigten Rohstoffe angewiesen sind. Letzteres ist besonders der Fall bei Textilerzeugnissen, auf welche die Versorgung unseres Heeres und der Zivilbevölkerung mit Kleidung in erster Linie angewiesen ist. Da wir infolge des Krieges von der Einfuhr der nötigen Textilrohstoffe — Wolle und Baumwolle — so gut wie ganz abgeschnitten sind, hieß es, mit den im Lande befindlichen Vorräten sparsam umzugehen. Dies konnte jedoch nur wirksam geschehen, wenn die vorhandenen Vorräte an Rohstoffen und fertigen Waren der freien Verfügung entzogen und der öffentlichen Bewirtschaftung unterstellt wurden, welche Funktion, soweit die Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung in Betracht kommt, der Reichsbekleidungsstelle übertragen wurde.

Um ihren Zweck zu erreichen, die vorhandenen Vorräte zu strecken und die bürgerliche Bevölkerung mit Kleidung zu versorgen, hat die Reichsbekleidungsstelle zu den verschiedensten und in das Geschäftsleben tief eingreifenden Maßnahmen gegriffen, ohne die unsere Kriegswirtschaft nun einmal nicht bestehen kann. Heute beherrscht die Reichsbekleidungsstelle bereits das gesamte Bekleidungs-gewerbe; sie bekleidet uns mit ihren Vorschriften, um mit dem Dichter zu sprechen: „Von der Wiege bis zum Grabe“.

Aus den ihr zur Verfügung stehenden Vorräten ließ sie zunächst die sogenannten Reichsanzüge — für Männer — in großen Posten durch die Konfektionsindustrie herstellen. Später ging sie auch zur Herstellung von Damenbekleidung, Burschen- und Knabenanzügen, Mädchenkleidung, Säuglings- und Kinderwäsche über. Die verfügbaren Bestände der Reichsbekleidungsstelle, so groß sie auch sein mögen, decken jedoch den gewaltigen Bedarf an Kleidung, insbesondere wie er sich nach der Rückkehr unserer Krieger einstellen wird, nicht. Die Reichsbekleidungsstelle sah sich daher vor die Notwendigkeit gestellt, wenn sie nur einigermaßen den an sie herantretenden Anforderungen entsprechen will, auf die noch im Besitze des privaten Handels- und Gewerbes befindlichen Vorräte zurückzugreifen. Wie verlautet, war die Beschlagnahme von ein Viertel der Bestände an fertiger Herrenkonfektion bei den Detailgeschäften, sowie ein Viertel der Stoff- und Futtervorräte bei den Herrenmädgeschäften in Aussicht genommen. Hiergegen setzten sich die in Frage kommenden Interessentengruppen zur Wehr und traten mit der Reichsbekleidungsstelle in Unterhandlungen, die zur Folge hatten, daß an Stelle der geplanten Enteignung, Lieferungsverträge getreten sind, und zwar ein solcher mit dem Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung E. V.

auf Lieferung von 250 000 dreiteiligen Anzügen.

Ein zweiter Lieferungsvertrag — für das Maßschneidergewerbe — wurde mit der Zentraleinkaufsstelle deutscher Rohstoffgenossenschaften, Sig Berlin und dem Verbands süddeutscher Einkaufs- und Lieferungs-genossenschaften, Nürnberg

auf Lieferung von 75 000 Anzügen

abgeschlossen, und zwar soll ersterer Verband 50 000 und der letztere Verband 25 000 Anzüge erhalten. Nun wird es darauf ankommen, ob die vertragschließenden Verbände die über-

nommenen Verpflichtungen erfüllen können. Ist dies nicht der Fall, dann wird die Beschlagnahme und Enteignung die Folge sein.

Was die Preise anbelangt, die für die Anzüge gezahlt werden, so sollen dieselben soweit das Maßschneidergewerbe in Frage kommt, 190 M nicht überschreiten. Die größere Hälfte soll sich in der Preislage von 75 M bis 175 M bewegen. Dem Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung E. V. sollen nach einem geheimen Rundschreiben als Höchstpreise für die Größen 44—64 bis zu 200 M bewilligt worden sein. Den Bemühungen des genannten Verbandes, so heißt es in dem Rundschreiben, welches der „Textilarbeiter“ Berlin veröffentlicht hat, sei es gelungen, die Zusicherung zu erhalten, daß die Abnehmer dieser Kostendekleidung auf den nachweislichen Fakturenwert oder Einstands-wert bis zu 50 Prozent zuschlagen dürfen. Für Berufs-kleidung werden bis zu 35 Prozent auf den Einstandspreis bezahlt, für Stoffe und Zutaten bis zu 25 Prozent. Diese Angaben werden zwar nach Mitteilung der Reichsbekleidungsstelle als unrichtig bezeichnet, allein die Lieferanten werden es schon verstehen, daß ihr Gewinn nicht zu gering wird.

Wir haben an den Vorstand des Adav die Anfrage gerichtet, wie er sich die Lohnzahlung der dem Maßschneidergewerbe in Auftrag gegebenen Anzüge denkt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß, da bessere Stoffe, Zubehör und bessere Verarbeitung bei diesen Arbeiten in Frage kommt, da für die in der Konfektion hergestellten Reichsanzüge gezahlten Löhne nicht in Betracht kommen können. Wir werden unseren Mitgliedern von dem Ergebnis unserer Anfrage, sobald wir Antwort haben, Kenntnis geben.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt. Der 11. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 10. März bis 16. März. Der 12. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 17. März bis 23. März. Der 13. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 24. März bis 30. März. Der 14. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 31. März bis 6. April.

Zur Beitrags-erhöhung.

Kolleginnen und Kollegen! Die Abstimmung über den Antrag des Zentralvorstandes auf Erhöhung des Verbandsbeitrages hat die fast einstimmige Annahme des Antrages ergeben. Die Erhöhung tritt am 1. April (mit der 14. Beitragswoche) in Kraft. Von da ab betragen die Beiträge:

in der 1. Klasse	25 Pf.	die Woche
" " 2.	35 " " "	" " "
" " 3.	45 " " "	" " "
" " 4.	55 " " "	" " "

Für die Mitglieder der Vereinigung der Schneider und Schneiderinnen der Bekleidungsämter:

in der 1. Klasse	35 Pf.	die Woche
" " 2.	45 " " "	" " "
" " 3.	55 " " "	" " "
" " 4.	65 " " "	" " "

In der 3. und 4. Klasse ist der sachungsgemäße Zuschlagsbeitrag von je 5 S als Pflichtbeitrag mit zu entrichten.

Für den Uebergang von der alten zur neuen Beitragsleistung ist folgendes zu beachten:

Es wird ein Markenwechsel vorgenommen. Die neuen Marken liegen der heutigen Zeitungsendung bei. Die alten Marken dürfen nur noch zum quittieren der Beiträge bis zur 13. Woche benutzt werden und verlieren dann ihren Wert. Sie sind, soweit sie im Besitze der Vertrauensleute sind, einzuziehen und mit der Abrechnung des 1. Quartals an die Hauptkasse einzusenden. Rückständige Beiträge müssen bis zur 13. Beitragswoche entrichtet sein, andernfalls für sie der erhöhte Beitrag in Frage kommt.

Damit sich der Uebergang glatt vollzieht, müssen es sich die Lokolverwaltungen angelegen sein lassen, diesmal pünktlich mit der 13. Woche die Quartalsabrechnung vorzunehmen und sofort

einzuwenden. Auf keinen Fall dürfen über die 13. Woche hinaus alte Marken verwendet werden, dagegen dürfen auch neue Marken für das 1. Quartal nicht zur Berechnung mit der Hauptklasse gelangen. Es dürfen daher die neuen Marken auch nicht in das Abrechnungsformular für das 1. Quartal eingetragen werden, sondern der Vortrag erfolgt von uns aus erst für das 2. Quartal.

Im Interesse der Sache bitten wir unsere Mitglieder und Ortsverwaltungen, diese Vorschriften zu beachten.

Mit der Erhöhung des Verbandsbeitrages haben die Zahlstellen Köln, Crefeld und Hildesheim beschlossen, gleichzeitig auch den Lokalbeitrag um 5 % zu erhöhen, bezw. einzuführen, wozu die Genehmigung erteilt wird.

500 oder 1000 Yards.

Da uns mehrfach Beschwerden darüber zugehen, daß Arbeitgeber für die 500 Yards-Koll Garn sich dem im November vereinbarten Preis bezahlen lassen, haben wir uns dieserhalb an den Vorstand des Abw. gewendet, wobei wir den Standpunkt vertraten, daß bei den vereinbarten Preisen nur die 1000 Yards-Rolle verstanden sein können. Sobald wir Antwort auf unsere Beschwerde haben, werden wir hierbon an dieser Stelle Mitteilung machen.

Der Zentralvorstand.
J. A.: A. Schwarzmann.

Aus den Zahlstellen.

Wachen. Unsere letzte Versammlung befaßte sich in der Hauptsache mit den Lohnverhältnissen am Orte und der Beschaffung des Nähmaterials. In Anbetracht der hier am Orte herrschenden Teuerung wurden die heutigen Löhne als unzureichend bezeichnet; von den Arbeitgebern erwartet man eine weitere Zulage. Das Verhalten der Firma Kitting, welche Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist und den Arbeitern den Tariflohn nicht zahlt, wurde scharf verurteilt. Vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, bei welchem unsere Verbandsleitung mehrmals vorstellig wurde, wurde jedesmal mitgeteilt, daß bei der genannten Firma alles in Ordnung sei, doch müssen wir von den Arbeitern immer wieder vernehmen, daß dem nicht so ist.

Die Einberufung des Ortschiedsgerichts wird abgelehnt, weil die Firma sich bereit erklärt, den Tarif zu zahlen; verlangen die Arbeiter den Tariflohn, dann wird unter Schimpfen auf die unzufriedenen Menschen der rechtmäßige Lohn den Arbeitern vorenthalten. Dabei beruft Herr Kitting sich auf einen vor etwa 8 bis 10 Jahren mit einem Arbeiter abgeschlossenen Lohn-tarif, um sich dem Arbeitgeberverband gegenüber zu rechtfertigen.

Mit der Zutatenverrechnung ist es bei der Firma ebenfalls nicht in der Ordnung. Trotzdem Herrn Kitting die Vereinbarungen bekannt sind, wird das Garn zu teuer berechnet. Sonderbarerweise fällt dem Geschäftsinhaber mit einemmal ein, daß er kein Garn mehr hat, wenn er es zum vereinbarten Preise abgeben muß. Doch vergißt Herr K., daß er auch durch Vereinbarung der Verbände gebunden ist, die Differenz zwischen den vereinbarten Preisen und den wirklichen Einkaufspreisen an die Arbeiter zu zahlen. Mit seiner „Schlaueit“ kommt H. K. hier vom Regen in die Traufe. Gegenüber dem Verhalten der Firma K. bleibt uns nur der Weg in die Öffentlichkeit übrig.

In andern Geschäften ist wie in unserer Versammlung festgestellt werden konnte, auch nicht alles so klar wie es sein soll. Wir werden jedoch bemüht sein Abhilfe zu schaffen. Nähgarn wird überall zu weit teureren Preisen an die Arbeiter abgegeben als vereinbart, oder es wird die Differenz nicht vergütet, wenn der Arbeiter beim Einkauf höhere Preise zahlen muß wie vereinbart. Aufgabe unserer Aachener Ortsgruppe wird es sein, dafür zu sorgen, daß die tarifvertraglichen Vereinbarungen eingehalten werden.

Berlin. Am 26. Februar 1918 hielt unsere Zahlstelle die dies-jährige Generalversammlung ab. Dieselbe wurde vom Kassierer Koll. Hell eröffnet, der den Jahres- und Kassenbericht erstattete. Aus demselben ist zu entnehmen, daß unsere Zahlstelle ganz gewaltig durch den Krieg gelitten hat. Nach Entlastung des alten Vorstandes fand die Neuwahl statt, die folgendes Resultat ergab: Zum 1. Vors. wurde der bisherige Kassierer Kollege Hell gewählt, und zum 2. Vorsitzenden Koll. Martin wiedergewählt, der zur Zeit zu dem Bekleidungs-Instandsetzungsamt Cottbus eingezogen ist. Laut Beschluß aller Anwesenden wurden noch die Kassengeschäfte dem Koll. Hell übertragen, so daß die Geschäfte der Zahlstelle vorläufig von demselben geführt werden. Zum 2. Kassierer wurde Koll. Petri wiedergewählt. Als 1. Schriftführer wurde der Koll. Großschäp wiedergewählt und als Stellvertreter Koll. Straßer neugewählt. Zu Revisoren die Kollegen Kelle und Olgewski.

Für den Arbeitsnachweis Koll. Messian und fürs Kartell und soziale Wahlen Koll. Straub wiedergewählt. Der Antrag des Zentralvorstandes auf Beitragserhöhung wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Hierauf werden noch einige geschäftliche Sachen erledigt.

Unsere Zahlstelle ist noch in einigen Kommissionen und Ausschüssen vertreten. Hierdurch werden von den Kollegen, die an den Sitzungen als Vertreter teilnehmen, große Opfer gebracht. Sehr zu bedauern ist es, daß es gerade hier in der Reichshauptstadt an einer Kraft fehlt, die solchen Sitzungen ständig beiwohnen könnte. Denn dadurch würde das Ansehen unseres ganzen Verbandes viel gewinnen, aber wir sind es hier gar nicht anders gewöhnt. Gleich zu Anfang des Krieges ging unsere Mitgliederzahl um mehr als die Hälfte zurück, da wir meist junge Kollegen hatten, und seitdem verringerte sich die Zahl noch mehr, als die älteren Kollegen noch zum großen Teil eingezogen wurden. Während erst viele Kollegen auf den Bekleidungsämtern tätig waren, sind sie jetzt fast alle felddienstfähig. Mehrere sind schon befördert und ausgezeichnet. Koll. Röder befindet sich in englischer Gefangenschaft, und drei unserer Besten starben den Heldentod fürs Vaterland.

Wir, die wir jetzt noch hier sind, wollen die Treue halten, um unsere zurückkehrenden Kollegen willkommen zu heißen und mit ihnen nachher weiter zu arbeiten. Wir hoffen, daß dies bald der Fall sein wird. Bis dahin werden wir noch weiterhin unseren Mann stehen zum Wohle des ganzen Verbandes und der christlichen Arbeiterbewegung.

Landeshut i. Schl. In unserer ausgesprochenen Industriestadt wo Tausende Textilarbeiter ihren Lebensunterhalt zu verdienen suchen, sind auch 200 Näherinnen beschäftigt. Im Frieden waren diese bejirtet, aus den Erzeugnissen der schlesischen Leinen-industrie für die wohlhabendere Bevölkerung die feinsten Wäsche, Taschentücher, Decken usw. anzufertigen. Gar manch preisgekröntes Stück wurde von den hiesigen Kolleginnen gefertigt. Von der ursprünglichen Arbeit wird zurzeit nur noch wenig angefertigt. Die Betriebe sind auf den Kriegsbedarf eingestellt. Die verschiedensten Heeresnäharbeiten, wie Mäntel, Mützen, Hosens, Gefangenenkleidung, Drilichaden, Handtücher, Strümpfe usw. werden hier angefertigt. Durch die verschiedensten Maßstäbe veranlaßt, sahen sich die Kolleginnen genötigt, mit vereinten Kräften vorzugehen, deshalb schlossen sie sich unserem Verbands als Mitglied an. Ein reges Interesse ist in mehreren Betrieben zu verzeichnen. Bei der Firma Grünfeld haben wir inzwischen für einige Sparten eingegriffen, so u. a. für die Hofschaumnäherinnen, für die Stickerinnen, Knopfloch- und Weißnäherinnen. Unsere Anträge hatten den gewünschten Erfolg. Buzzeit hatten wieder einige Fragen ihrer Erledigung. Nunmehr haben auch die Kolleginnen zur Entlohnung der Militärarbeit Stellung genommen. Für die neue wie für die alte Arbeit verlangten sie eine wesentliche Erhöhung der Löhne. Leider gehört Landshut zum Bereich des 5. Armeekorps. Das sagt genug. Steht doch das Kriegsbekleidungsamt in Posen in der Entlohnung seiner Arbeiten an letzter Stelle. Es ist auch den Wünschen der Arbeiterschaft am wenigsten zugänglich. Wie man den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft entgegenkommt, zeigt so recht der Lohn-tarif vom 1. Januar 1918. Während man den Lohn um etwa 6 Prozent erhöht hat, hat man die Nähzutaten um fast 100 Prozent erhöht. Wir werden es nicht unterlassen, zur geeigneten Zeit und an zuständiger Stelle das zu sagen, was gesagt werden muß. Heute ist der Tag dazu noch nicht gekommen; er wird aber nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die Zwischenzeit ist zur Werbearbeit auszunutzen, denn je größer die Zahl der Verbandsmitglieder, je eindrucksvoller und erfolgreicher wird unser Vorgehen sein.

Rundschau.

Volksbund für Freiheit und Vaterland. Der Volksbund für Freiheit und Vaterland versendet folgenden Aufruf: „Der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland erhebt im Namen von Millionen deutscher, insbesondere preußischer Männer und Frauen aller Berufsstände den härtesten Einspruch gegen den neuerlichen Beschluß der Verfassungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses, wonach für Preußen ein Pluralwahlrecht eingeführt werden soll. Der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland drückt die bestimmte Erwartung aus, daß es im weiteren Verlaufe der Verhandlungen noch gelingen werde, diesen volksfeindlichen Beschluß zu beseitigen und den wichtigsten Ansprüchen aller Volksschichten auf gleichberechtigte Mitwirkung im Verfassungsleben des Staates Geltung zu verschaffen. Insbesondere richtet der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland an alle Mitglieder des Hauses der

Abgeordneten die dringende Mahnung, nicht durch die neue, die breiten Volksschichten entprechende Beschlüsse die Erbitterung in Lande noch zu steigern. Nach den Erlebnissen dieses Krieges kann an ein anderes Wahlrecht zum preußischen Abgeordnetenhaus als ein gleiches nicht mehr gedacht werden. Der königlichen Staatsregierung spricht der Vorstand des Volksbundes Dank aus für die Entschiedenheit, mit der sie bisher ihre Vorlage vertreten hat. Er richtet an sie die dringende Bitte, vor keinem Mittel zurückzusehen, das geeignet erscheint, dem gleichen Wahlrecht zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Vorstand des Volksbundes gibt zugleich seinem lebhaften Befremden Ausdruck über die den inneren Frieden gefährdende Art, in der die Verhandlungen des Bundes der Landwirte dieser Tage in Berlin geführt worden sind. Der Vorstand des Volksbundes legt bei aller Würdigung der sachlichen Meinungsverschiedenheiten gegen solche, die Geschlossenheit unseres Volkes zerstörenden Ausfälle ernste Verwahrung ein."

Die Brücke zu Frieden und Wohlstand.

Die Friedensangebote der deutschen Regierung waren von dem ehrlichen Willen eingegeben, dem deutschen Volke die Segnungen des Friedens sobald als möglich zu bringen. Sie scheiterten an dem starken Sinn unserer Feinde, die einen Frieden wollen, der Deutschlands Niederlage und Deutschlands Niedergang besiegelt. Einen „demokratischen“ Frieden nennen sie das und finden durch die Meisterschaft ihrer Phrase leider selbst bei uns noch Gimpel, die auf diesen Keim trichen. Inzwischen hat unser unverföhnlicher Feind, der Engländer, zu neuen Rüstungen ausgeholt und sogar die allgemeine Wehrpflicht auf das 55. Lebensjahr ausgedehnt.

Auf unsere Feinde wirkt nichts wirksamer, als entschiedenes und geschlossenes Auftreten. Nur die kraftvolle Tat wird der Engländer zu der Einsicht zu bringen vermögen, daß er Deutschland nicht niederringen kann.

Die Bekundung eines derart entschlossenen Willens vollzieht sich nicht nur an der Front, sondern auch dahinter in den weiten, gesegneten Gauen unserer schönen deutschen Heimat.

In harter Arbeit muß dort all das erzeugt werden, was die Armee zur Erzwingung des Friedens braucht. Darum muß auch das Heimathetz stark und arbeitsfähig erhalten werden.

Und auch damit ist's noch nicht getan! Zum Kriegführen gehört bekanntlich Geld und immer wieder Geld. Das wissen nicht nur wir, sondern auch unsere Feinde, und sie sehen ihre Hoffnungen darauf, daß es uns ausgehen wird. Sie hoffen zunächst auf den militärischen Zusammenbruch Deutschlands, dann, als dieser nicht eintrat, auf den wirtschaftlichen und schließlich auf den finanziellen. Die Dampfwalze hat unser Hindenburg zerbrochen, der Umklammerungsring ist im Osten zerstreut.

In Bälde ergeht an das deutsche Volk der Aufruf zur achten Kriegsleihe. Da gilt es, unseren Feinden zu zeigen, daß wir auch in Zukunft dem Reich die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen, und das, da auch der Arbeiter und Angestellte nicht zurückbleibt. Die achte Kriegsleihe muß ein voller Erfolg werden.

Dieser Wille ist auch in unserer gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung lebendig. Sie will all denjenigen, die dem Vaterlande in schwerer Zeit ihre Mittel zur Verfügung stellen wollen, kraftvoll unter die Arme greifen. Mit Hilfe ihrer Kriegsleiheversicherung gibt sie jedem die Möglichkeit, bei nur geringer Barzahlung (mit 5 Prozent der gezeichneten Summe) Großes zu leisten. Das Ergebnis bei den früheren Kriegsleihen beweist, daß weithin volles Verständnis dafür vorhanden ist.

Nur die kraftvoll entschlossene Tat führt zum Frieden, und zwar zu einem guten Frieden. Auf diese Brücke sollen wir treten. Sie führt auch zum Wohlstand, nicht zuletzt deshalb, weil wir in einer abgeschlossenen Kriegsleiheversicherung auf das Leben des Mannes, der Frau oder der Kinder (über sieben Jahre), die Sicherung für die Zukunft beruht. Sie ist ein guter Schutz gegen die Wechselfälle des Lebens.

Und so darf man hoffen, daß in unseren Reihen nicht nur von der Kriegsleiheversicherung ein recht reger Gebrauch gemacht wird, sondern daß auch aus unseren Reihen viele dadurch helfen, daß sie bei Freunden und Kollegen für sie werden. Jede Ortsgruppe sollte wenigstens einen Kollegen bestellen, der die Sache in die Hand nimmt und sich möglichst bald mit der hierfür zuständigen Generalrechnungsstelle des Gesamtverbandes (Köln, Venloer Wall 9) in Verbindung setzt.



Den Heldentod fürs Vaterland starb der Kollege:

Karl Bringmann,

• Mitglied der Zahlstelle Münster;

in Folge einer sich im Felde zugezogenen schweren Verwundung.

Ehre seinem Andenken!

Bisher wurden uns durch den Krieg 140 treue Verbandsmitglieder entrisen.



„Das Geheimnis der Achselspitze“

ist in der soeben erschienenen Neuauflage des

„Meisterschafts-Systems“

für jeden Fachmann glänzend und leichtfaßlich gelöst. Ein Werk, tiefdurchdacht, wird von dem bekannten Meister der Zuchneidekunst, M. Lutz, damit zum Kauf angeboten; es umfaßt die gesamte Herren-, Knaben-, Amtsgarderobe und Uniformen, ist 272 Seiten stark mit 289 Abbildungen, zum Selbstunterricht wegen seiner Einfachheit hervorragend geeignet. Ein Teil der Lehrbücher wird zum Vorzugspreis von Mk. 12.— abgegeben. Man bestelle dasselbe bei

Karl Klenk, Stuttgart, Friedrichstrasse 49-51.

